



NIEDERSCHRIFT

Sitzung:	Stadtrat V/25
Sitzungstag:	Mittwoch, den 01.10.2025
Sitzungsort:	Alte Drahtzieherei, Wupperstraße 8, 51688 Wipperfürth
Beginn Öffentliche Sitzung:	17:15 Uhr
Ende:	19:15 Uhr

**Am Ende der öffentlichen Sitzung:
Verabschiedung der ausscheidenden Ratsmitglieder**

TAGESORDNUNG

- 1. Öffentliche Sitzung**
 - 1.1. Feststellung der ordnungsgemäßen Einladung und der Beschlussfähigkeit**
 - 1.1.1. Anerkennung der Tagesordnung
 - 1.1.2. Einwohnerfragestunde
 - 1.1.3. Bericht über die Durchführung der Beschlüsse - Vorlage: M/2025/669
 - 1.2. Anregungen und Beschwerden gemäß § 24 GO NRW**
 - 1.2.1. Bürgeranregung vom 10.09.2025: Schulwegsituation in der Ortschaft Ahe
Vorlage: V/2025/163
 - 1.2.2. Bürgeranregung vom 04.09.2025: Bushaltestelle Grennebach/Obergaul
Vorlage: V/2025/165
 - 1.2.3. Bürgeranregung vom 27.08.2025: Straßenbeleuchtung in der Ortschaft Wipperfürth-Hammer (Kupferberg)
Vorlage: V/2025/166
 - 1.2.4. Bürgeranregung vom 07.09.2025: Antrag zur Schaffung einer ordnungsgemäßen Schulbushaltestelle - Jostberg
Vorlage: V/2025/167
 - 1.2.5. Petition: Busverbindung am Wochenende für Wipperfeld: Linie 427 auch samstags und sonntags
Vorlage: V/2025/171
 - 1.3. Genehmigung von Eilentscheidungen sowie Dringlichen Entscheidungen gemäß § 60 Abs. 1 GO NRW –entfällt–**

1.4. Beschlüsse

- 1.4.1. Allgemeine Vertretung der Bürgermeisterin im Amt
Vorlage: V/2025/164

1.5. Beschlüsse aufgrund von Ausschussempfehlungen

- 1.5.1. Satzungsänderung der Oberbergischen Aufbau Gesellschaft mbH
Vorlage: V/2025/162
- 1.5.2. Feststellung des Jahresabschlusses 2024, Behandlung des Jahresergebnisses, Entlastung der Bürgermeisterin
Vorlage: V/2025/145
- 1.5.3. Bezahlkarte für Asylsuchende
Vorlage: V/2025/154

1.6. Anfragen

- 1.6.1. Anfrage der SPD-Fraktion vom 20.09.2025 zur Asbest in der Grundschule in Wipperfürth - Zukunftsstrategie
Vorlage: F/2025/298

1.7. Anträge

- 1.7.1. Antrag der SPD-Ratsfraktion für eine saubere Stadt - Maßnahmen insgesamt und unhaltbare Zustände Leie
Vorlage: A/2025/298
- 1.7.2. Antrag der FDP-Fraktion vom 12.09.2025 zur Grundschullandschaft
Vorlage: A/2025/299

1.8. Mitteilungen

2. Nichtöffentliche Sitzung

2.1. Feststellung der ordnungsgemäßen Einladung und der Beschlussfähigkeit

2.2. Anerkennung der Tagesordnung

2.3. Genehmigung von Eilentscheidungen sowie Dringlichen Entscheidungen gemäß § 60 Abs. 1 GO NRW –entfällt-

2.4. Beschlüsse –entfällt-

2.5. Beschlüsse aufgrund von Ausschussempfehlungen

- 2.5.1. Ankauf einer Gemeinbedarfsfläche
Vorlage: V/2025/169
- 2.5.2. Grundstücksveräußerung zum Zwecke der Gewerbeflächenmobilisierung in Wipperfürth, „Südlich Kluse“
Vorlage: V/2025/170

2.6. Anfragen –entfällt-

2.7. Anträge –entfällt-

2.8. Mitteilungen –entfällt-



zur Sitzung des Rates,
am 01.10.2025
von 17:15 Uhr bis 19:15 Uhr

bis 18:30 Uhr, TOP 1.7.1

Surborg, Joachim	CDU
Virchow, Wolfgang	UWG
Voß, Dieter	CDU
Wurth-Goller, Sabine	Bündnis 90 / DIE GRÜNEN

Verwaltungsvertreter/in

Groll, Jens	intern
Marondel, Marius	intern
Rehkopp, Dagmar	intern
Unterstenhöfer, Björn	intern

Schriftführer/in

Auer, Christof	intern
----------------	--------

Es fehlten:

Ratsmitglieder

Baldsiefen, Günter	Bündnis 90 / DIE GRÜNEN
Baldsiefen, Heike	Bündnis 90 / DIE GRÜNEN
Gomolzig, Helmut	FDP
Klett, Stefan	CDU

Die nichtöffentliche Sitzung war ausnahmsweise vorgezogen worden. Die Gliederung der Niederschrift erfolgt in der üblichen Reihenfolge.

1 Öffentliche Sitzung

1.1 Feststellung der ordnungsgemäßen Einladung und der Beschlussfähigkeit

Bürgermeisterin **Loth** stellt fest, dass zur heutigen Sitzung form- und fristgerecht eingeladen wurde und dass der Rat beschlussfähig ist.

1.1.1 Anerkennung der Tagesordnung

Die Tagesordnung der öffentlichen Sitzung wird in der Fassung der Einladung einvernehmlich anerkannt.

1.1.2 Einwohnerfragestunde

Aus der Zuhörerschaft werden keine Fragen gestellt. Auch schriftliche Fragen waren vor der Sitzung nicht eingereicht worden.

1.1.3 Bericht über die Durchführung der Beschlüsse Vorlage: M/2025/669

Ratsherr Mederlet fragt zu TOP 1.4.3 zur Ratssitzung vom 25.04.2023 zur Umsetzung des Raumkonzeptes nach. Ein Entwurf sollte bereits vor der Sommerpause vorgelegt werden, liegt jedoch noch nicht vor. Die Verwaltung wird gebeten, einen konkreten Zeitplan für die weiteren Schritte und die Vorstellung des Entwurfs vorzulegen.

Ebenso fragt er zum TOP 1.5.3 zur Ratssitzung vom 01.07.2025 zum Neubau des Feuerwehrgerätehauses in Thier nach.

Zum Protokoll wird folgender Sachstand nachgereicht:

Die Verortung des Feuerwehrgerätehauses samt dem dazugehörigen Alarmparkplatz für die Feuerwehrleute wurde bereits im Vorfeld und während der Planungsphase und Aufstellung des Bebauungsplans intensiv erarbeitet. Bedingt durch die notwendigen Einsatzzeiten und den Ausrückzeiten war es stets die höchste Priorität, kurze und direkte An- und Abfahrtswege anzustreben. In den ersten Planungen war der Parkplatz im nord-westlichen Bereich hinter dem heutigen Bebauungsplan (hinter der Musikschule) angedacht; Wasserschutzrechtliche als auch landschaftsschutzrechtliche Belange widersprechen jedoch die Ausweitung einer Wohnbebauung/Versiegelung in diese Richtung. Nach Rückkopplung mit dem Fachplanungsbüro war die Verlegung des Parkplatzes im „hinteren“ Bereich nicht für sinnvoll erachtet worden. Im Falle eines Brandes zählt jede Sekunde, so dass die Verortung des Parkplatzes unmittelbar an der Joh.-Wilh.-Roth-Str. für ideal eingestuft wurde. Aufgrund der Breite des Grundstücks und den notwendigen gesetzlichen Abstandsflächen zur Wohnbebauung als auch zum geplanten Feuerwehrgerätehauses, würde im Wegfall des Parkplatzes nur ein recht schmales Baugrundstück entstehen.

Prinzipiell ist noch zu erwähnen, dass Angebotsbebauungspläne stets nach entsprechende Beschlüsse geändert werden können. Bedingt durch die Ausrückzeiten

der Freiwilligen Feuerwehr, durch die potentielle Lärmbelästigung, die Vorprägung des Areals durch das vorhandene Feuerwehrgerätehauses usw. hält die Verwaltung als auch das Fachplanungsbüro an diesem Standort fest. Alternativstandorte für Gerätehaus oder auch Parkplätze sind vorab ebenfalls intensiv untersucht worden.

Frau Berg erfragt den Sachstand zur Schulwegsicherung an der L284.

In Ergänzung zum Protokoll wird mitgeteilt, dass die Priorisierung der Baumaßnahme zum Anschluss der Gehwegenanlage zwischen Wipperfürth-Hönnige und Wipperfürth-Biesenbach beim Landesbetrieb Straßen NRW nochmals beantragt wurde. Nach Auskunft des Landesbetriebes ist davon auszugehen, dass eine Beschlussfassung des Regionalrates im Frühjahr 2026 erfolgt.

1.2 Anregungen und Beschwerden gemäß § 24 GO NRW

1.2.1 Bürgeranregung vom 10.09.2025: Schulwegsituation in der Ortschaft Ahe Vorlage: V/2025/163

Beschluss:

Die Bürgeranregung wird zur weiteren Beratung und Bearbeitung an den Bauausschuss verwiesen.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

1.2.2 Bürgeranregung vom 04.09.2025: Bushaltestelle Grennebach/Obergaul Vorlage: V/2025/165

Beschluss:

Die Bürgeranregung wird zur weiteren Beratung und Bearbeitung an den Bauausschuss verwiesen.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

1.2.3 Bürgeranregung vom 27.08.2025: Straßenbeleuchtung in der Ortschaft Wipperfürth-Hammer (Kupferberg) Vorlage: V/2025/166

Beschluss:

Die Bürgeranregung wird zur weiteren Beratung und Bearbeitung an den Bauausschuss verwiesen.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

1.2.4 Bürgeranregung vom 07.09.2025: Antrag zur Schaffung einer ordnungsgemäßen Schulbushaltestelle - Jostberg
Vorlage: V/2025/167

Beschluss:

Die Bürgeranregung wird zur weiteren Beratung und Bearbeitung an den Bauausschuss verwiesen.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

Ratsherr Mederlet regt an, dass sich der Bauausschuss nicht nur mit den eingegangenen Eingaben, sondern auch grundsätzlich mit dem Thema Bushaltestellen befasst. Er verweist auf Bürgergespräche der letzten Monate, in denen Unzufriedenheit über den Zustand und die Ausstattung einzelner Haltestellen geäußert wurde. Besonders genannt wird die Westangente, wo es keine überdachten Haltestellen gibt. Herr Mederlet bittet darum, diese Thematik im Bauausschuss erneut aufzugreifen und umfassend zu prüfen, auch wenn die Zuständigkeit teilweise bei den Verkehrsträgern liegt.

1.2.5 Petition: Busverbindung am Wochenende für Wipperfeld: Linie 427 auch samstags und sonntags
Vorlage: V/2025/171

Beschluss:

Der Rat der Hansestadt Wipperfürth nimmt die Petition zur Kenntnis und unterstützt das Ansinnen der Unterzeichnenden Bürgerinnen und Bürger, das Angebot des Öffentlichen Personen Nahverkehrs für Wipperfeld auf Samstag und Sonntag auszuweiten.

Die Stadtverwaltung wird mit den zuständigen Verkehrsbetrieben und den beiden Kreisverwaltungen Kontakt aufnehmen und über die Ergebnisse zur gegebenen Zeit im Ausschuss für Stadtentwicklung berichten.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

Ratherr Berster spricht sich in der Sitzung deutlich für die Unterstützung der Petition aus, weist jedoch darauf hin, dass eine Verbesserung der Busverbindungen nicht zu Lasten anderer Ortschaften wie Thier erfolgen dürfe. Er regt an, nach Lösungen zu suchen, die auch den umliegenden Dörfern zugutekommen. Zudem bringt er das im Oberbergischen Kreis bestehende Mobilitätsangebot „Monti“ als mögliche Ergänzung ins Gespräch.

Ratsherr Mederlet erläutert, dass die Unterstützung der Petition zunächst bedeutet, dass die Verwaltung Gespräche mit dem zuständigen Verkehrsträger aufnehmen wird. Ziel sei es, das Mobilitätsangebot insgesamt zu verbessern. Er verweist auf entsprechende Initiativen des Oberbergischen Kreises, in denen die Linien 426 und 427 überprüft und auf

mögliche Synergien hin untersucht werden. Gleichzeitig weist er auf die finanziellen Auswirkungen zusätzlicher Angebote hin und betont, dass der Einsatz von „Monti“ in Wipperfürth derzeit unrealistisch sei. Stattdessen sollten bestehende Bürgerbus- und On-Demand-Angebote weiterentwickelt werden.

- 1.3 Genehmigung von Eilentscheidungen sowie Dringlichen Entscheidungen gemäß § 60 Abs. 1 GO NRW**
keine

1.4 Beschlüsse

- 1.4.1 Allgemeine Vertretung der Bürgermeisterin im Amt**
Vorlage: V/2025/164

Beschluss:

Für den Fall, dass sowohl die Bürgermeisterin als auch ihr allgemeiner Vertreter im Amt verhindert sind, wird Herr Stadtverwaltungsdirektor Marius Marondel mit Wirkung vom 01.10.2025 als weiteren Stellvertreter der Bürgermeisterin im Amt bestellt.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

1.5 Beschlüsse aufgrund von Ausschussempfehlungen

- 1.5.1 Satzungsänderung der Oberbergischen Aufbau Gesellschaft mbH**
Vorlage: V/2025/162

Beschluss:

Der Rat der Hansestadt Wipperfürth beschließt:

1. Der Änderung der Satzung der Oberbergischen Aufbau Gesellschaft mbH gemäß der als Anlage beigefügten Synopse wird zugestimmt.
2. Die Vertreter der Stadt in der Gesellschafterversammlung und im Aufsichtsrat der OAGmbH werden angewiesen, in den jeweiligen Gremien entsprechend zu votieren.
3. Soweit die Aufsichtsbehörde formelle Änderungen oder Ergänzungen der Satzung für notwendig erachtet, wird diesen beigetreten.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

Die in der Vorberatung im Haupt- und Finanzausschuss offen gebliebenen zwei Fragen beantwortete Herr Groll nach Rücksprache mit der OAG vor der Abstimmung:

1. Ausscheiden der Banken als Gesellschafter:
Die Banken sind als Gesellschafter ausgeschieden. Ziel ist die Herstellung der Inhouse-

Fähigkeit, sodass künftig ausschließlich Kommunen sowie der Oberbergische Kreis beteiligt sind. Damit wird eine rein kommunale Trägerschaft gewährleistet, die flexiblere Handlungsweisen innerhalb der Gesellschaft ermöglicht.

2. Verlängerung der Einberufungsfrist der Gesellschafterversammlung:

Die Frist zur Einberufung der Gesellschafterversammlung wird von bisher fünf auf elf Monate verlängert. Diese Regelung dient in erster Linie der organisatorischen Entlastung, insbesondere im Hinblick auf die Erstellung und Prüfung von Jahresabschlüssen, und schafft zugleich mehr Flexibilität. Der Geschäftsführer beabsichtigt jedoch weiterhin, die Gesellschafterversammlung im ersten Halbjahr einzuberufen.

**1.5.2 Feststellung des Jahresabschlusses 2024, Behandlung des Jahresergebnisses, Entlastung der Bürgermeisterin
Vorlage: V/2025/145**

Beschluss:

Der Rat

- a) stellt den Jahresabschluss 2024, die Bilanzsumme der Schlussbilanz zum 31.12.2024 mit 234.884.935,72 € und das Eigenkapital zum 31.12.2024 mit 18.489.834,14 € fest,
- b) beschließt, den Jahresfehlbetrag 2024 von 1.981.368,61 € über die Ausgleichsrücklage auszugleichen.
- c) erteilt der Bürgermeisterin für das Haushaltsjahr 2024 Entlastung.

Abstimmungsergebnis: a) und b) einstimmig
c) einstimmig

Die Punkte a) und b) werden en bloc abgestimmt. Anschließend Punkt c). Bürgermeisterin Loth stimmt beim Beschluss zu c) nicht mit.

**1.5.3 Bezahlkarte für Asylsuchende
Vorlage: V/2025/154**

Beschluss:

Der Rat der Hansestadt Wipperfürth beschließt, vorerst von der Opt-out Regelung gemäß § 4 der Verordnung zur flächendeckenden Einführung einer Bezahlkarte im Asylbewerberleistungsgesetz (AsylbLG) Gebrauch zu machen und die Bezahlkarte zur Erbringung von Leistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz nicht einzuführen. Die Opt-out Regelung wirkt auf den Tag des Inkrafttretens der genannten Verordnung zurück.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

1.6 Anfragen

1.6.1 Anfrage der SPD-Fraktion vom 20.09.2025 zur Asbest in der Grundschule in Wipperfürth - Zukunftsstrategie Vorlage: F/2025/298

Herr Mederlet bedankt sich zunächst für die schriftlichen Stellungnahmen der Verwaltung und die aktuelle Information, dass am 28. Oktober eine Elterninformationsveranstaltung stattfinden wird. Er äußert jedoch deutliche Kritik an der bisherigen Kommunikation: Es sei unverständlich, warum die Eltern erst so spät über die Schadstoffproblematik informiert wurden.

Im Mittelpunkt steht die Feststellung von Asbest im Schulgebäude. Herr Mederlet betont, dass die Formulierung einer „gewissen Besorgnis“ im Elternschreiben der Situation nicht gerecht werde – bei Asbest handle es sich um ein ernstzunehmendes Gesundheitsrisiko. Er fragt, warum bislang nur auf Asbest getestet wurde und ob auch andere Schadstoffe, insbesondere PCB, ausgeschlossen werden könnten. Zudem bittet er darum, dass die Ergebnisse der weiteren Messungen (u.a. am Außenputz) Ende Oktober auch dem Rat vorgelegt werden.

Weiterhin kritisiert er den Stopp der geplanten energetischen Sanierung durch den Bauausschuss. Dadurch entstehe eine unklare Situation: Es sei nicht absehbar, wie mit dem Gebäude künftig verfahren werde. Da das Schulgebäude alt sei, könnten jederzeit Schäden an Dach, Fenstern oder Putz auftreten. Wenn der Putz betroffen wäre, müsste die Schule nach Einschätzung von Fachleuten zeitweise geschlossen werden. Daher fordert er ein Gesamtkonzept für den Standort Wipperfeld, das sowohl die bauliche Sicherheit als auch die langfristige Entwicklung der Schule umfasst.

Herr Mederlet betont abschließend, dass der Standort Wipperfeld ein stabiler und stark nachgefragter Grundschulstandort sei. Die Verwaltung müsse nun durch überzeugende Kommunikation und klare Perspektiven das Vertrauen der Eltern zurückgewinnen.

1.7 Anträge

1.7.1 Antrag der SPD-Ratsfraktion für eine saubere Stadt - Maßnahmen insgesamt und unhaltbare Zustände Leie Vorlage: A/2025/298

1. Die Verwaltung wird beauftragt, Maßnahmen zu ergreifen, die die wilde Müllablagerung auf der Leie, Flurstraße unterbindet.

Folgende (erste) Sofortmaßnahmen sind zu ergreifen:

- a) Abräumen des vorhandenen Mülls
 - b) Errichtung eines Schildes in mehreren Sprachen, dass Müllablagerungen verboten sind und mit einem Bußgeld bestraft werden.
 - c) Geeignete technische Möglichkeiten einer zulässigen Überwachung zu prüfen und bei Zulässigkeit unmittelbar umzusetzen
2. Die Verwaltung wird beauftragt mit den Dienstleistern für Altkleider und Glas zu sprechen, wie dem Problem der unerlaubten Ablagerung von Müll, Altkleidern etc.

vor den Containern an der Lennepers Straße Einhalt geboten werden kann – bzw. darüber zu berichten, falls gesprochen wurde, welche Maßnahmen überlegt wurden.

3. Die Verwaltung berichtet im Bauausschuß über (bestehende) Maßnahmen, die zur Erreichung des Ziel „Saubere Stadt“ ergriffen werden. U. a. Bauhof, Unterstützungen übers Jobcenter etc. u. a. auch mit Hinweisen, wo die Verwaltung selbst noch Handlungsbedarf sieht (z. B. Lennepers Straße)

Abstimmungsergebnis: einstimmig

Ratsfrau Liehn schildert die unhaltbaren Zustände im Bereich der Glas- und Altkleidercontainer an der Leihe. Nach dem Abbau eines Kleidercontainers hätten die wilden Müllablagerungen dort deutlich zugenommen. Trotz wiederholter Reinigungen durch die Stadt werde der Platz innerhalb kürzester Zeit erneut verschmutzt. Sie regt an, zusätzliche Hinweisschilder mit Bußgeldandrohung aufzustellen und die Möglichkeit einer Videoüberwachung bzw. anderer technischer Kontrollmaßnahmen zu prüfen.

Die Verwaltung erläutert, dass bereits umfangreiche Maßnahmen an verschiedenen Containerstandorten ergriffen wurden. Dazu zählen regelmäßige Reinigungen, das Aufstellen von Hinweisschildern sowie der Austausch der Altkleidercontainer durch BAV-Container mit Füllstandsmeldung. Eine Videoüberwachung sei bislang aus datenschutzrechtlichen Gründen nicht zulässig gewesen; eine erneute Prüfung werde jedoch zugesagt. Zudem befinde sich das betreffende Grundstück teilweise in Privateigentum, was die Zuständigkeit erschwere.

In der weiteren Diskussion schlagen mehrere Ratsmitglieder vor, verstärkte Kontrollen durch das Ordnungsamt vorzunehmen, eine gezielte Öffentlichkeitsarbeit im Sinne einer „Aktion Sauberkeit“ durchzuführen, die Bevölkerung stärker zu sensibilisieren sowie moderne technische Möglichkeiten zu prüfen – etwa eine Echtzeitüberwachung ohne Datenspeicherung oder andere Detektionssysteme.

Nach einer vertiefenden Erörterung über die datenschutzrechtlichen Voraussetzungen der Videoüberwachung wird der Beschlussentwurf angepasst. Bei Beschlusspunkt 1c) wird festgelegt, dass nicht ausschließlich eine Videoüberwachung, sondern allgemein die Prüfung geeigneter technischer Möglichkeiten einer zulässigen Überwachung vorgenommen werden soll.

1.7.2 Antrag der FDP-Fraktion vom 12.09.2025 zur Grundschullandschaft Vorlage: A/2025/299

Beschluss:

Die FDP beantragt die Anzahl der Grundschulstandorte der Hansestadt Wipperfürth von sechs auf drei zu reduzieren.

Abstimmungsergebnis: mehrheitlich abgelehnt
bei 1 Stimme für den Antrag

Beschluss:

Die Beratung über die zukünftige Gestaltung der Grundschullandschaft wird an den Ausschuss für Schule und Soziales überwiesen.

Abstimmungsergebnis: einstimmig
bei 1 Enthaltung

Herr Flossbach erläutert den Antrag seiner Fraktion, die Grundschullandschaft mittelfristig auf drei Standorte zu reduzieren. Er betont, dass der Antrag nicht populär sei, jedoch Mut zu einer zukunftsorientierten Entscheidung erfordere. Die FDP lehnt den Verwaltungsvorschlag ab, den Antrag vollständig an den Ausschuss für Schule und Soziales zu überweisen, da dies die Entscheidung über das Ob verzögern würde. Stattdessen solle der Rat kurzfristig über das grundsätzliche Ob entscheiden, während die Detailfragen des Wo, Wie und Wann im Ausschuss beraten werden.

Ratsherr Flossbach verweist darauf, dass sich Rat, Verwaltung, Lehrkräfte und weitere Beteiligte bereits 2022/2023 intensiv mit der Schullandschaft in Wipperfürth befasst hätten, begleitet durch „Konzept K“. Eine Reduktion der Standorte sei von vielen Beteiligten befürwortet worden, jedoch bislang nicht entschieden. Er kritisiert, dass der Status quo weiterhin durch Investitionen in alte Gebäudestrukturen verfestigt werde.

Die Grundschulen werden als Fundament der Bildungslandschaft hervorgehoben. Ratsherr Flossbach macht deutlich, dass für die weiterführenden Schulen bereits zukunftsweisende Entscheidungen getroffen wurden, während für die Grundschulen dringender Handlungsbedarf bestehe – exemplarisch am Fall Wipperfeld. Er plädiert für die frühzeitige Einbindung von Kreis und Bezirksregierung, die Prüfung von Fördermöglichkeiten und betont, dass kein Fraktionszwang ausgeübt werden solle. Abschließend ruft er zu einer zügigen Grundsatzentscheidung auf.

Ratsherr Mederlet widerspricht in mehreren Punkten. Er stellt klar, dass die SPD-Fraktion der Überweisung des Antrags in den Fachausschuss zustimmen wird. Er weist darauf hin, dass in den letzten Jahren zahlreiche Maßnahmen ergriffen wurden, um auf die steigende Schülerzahl zu reagieren, und dass es sich bei den Interimslösungen nicht um Flickschusterei handle, sondern um notwendige, qualifizierte Übergangslösungen.

Er erklärt, dass die im FDP-Antrag angesprochene Nutzung der Realschule nach Fertigstellung des Campus Mühlenberg bereits geprüft werde. Die Frage der Reduktion auf drei Standorte sei 2023 intensiv im Arbeitskreis Schulentwicklungsplanung diskutiert, jedoch nicht beschlossen worden. Der FDP-Antrag gehe in mehreren Punkten an der tatsächlichen Lage vorbei, insbesondere in Bezug auf Flächenbedarf, Grundstücke und konfessionelle Besonderheiten der Grundschulen. Eine Überweisung in den zuständigen Fachausschuss sei daher sachgerecht.

Ratsherr Palubitzki führt aus, dass die CDU den Zeitpunkt für eine Entscheidung über die Reduktion der Grundschulstandorte für zu früh halte. Die CDU unterstütze daher die Überweisung des Antrags an den Ausschuss für Schule und Soziales zur weiteren Beratung.

Herr Flossbach besteht auf Abstimmung seines Antrages.

Im Anschluss wird der Verwaltungsvorschlag zur Überweisung des Themas an den

Ausschuss zur Abstimmung gestellt. Die Verwaltung betont, dass bereits ein Arbeitsauftrag besteht, bis zu drei favorisierte Varianten für die zukünftige Grundschullandschaft zu entwickeln, die gemeinsam mit der Politik erarbeitet werden.

Der ursprüngliche Verwaltungsvorschlag wird mit dem folgenden Wortlaut angepasst:

„Die Beratung über die zukünftige Gestaltung der Grundschullandschaft wird an den Ausschuss für Schule und Soziales überwiesen.“

1.8 Mitteilungen

Keine

2 Nichtöffentliche Sitzung

Am Ende der öffentlichen Sitzung bedankt sich Bürgermeisterin Loth bei den Damen und Herren, die dem neuen Stadtrat nicht mehr angehören, für ihr kommunalpolitisches Engagement in den vergangenen Jahren, und geht auf die Arbeitsschwerpunkte innerhalb ihrer Mandatstätigkeit näher ein. Als Erinnerung und äußeres Zeichen der Anerkennung überreicht sie ihnen eine Miniaturausgabe von der Marktbrunnen-Statue des Bergischen Löwen:

Baldsiefen, Günter	Bündnis 90/Die Grünen
Baldsiefen, Heike	Bündnis 90/Die Grünen
Ballert, Wolfgang	SPD
Berster, Heribert	CDU
Flosbach, Franz Josef	FDP
Flosbach, Thomas	CDU
Gomolzig, Helmut	FDP
Hirsch, Hartmut	CDU
Höhfeld, Niclas	CDU
Irlenbusch, Verena	CDU
Reich-Brinkmann, Annedore	Bündnis 90/Die Grünen
Schmiemann, Irene	CDU
Wurth-Goller, Sabine	Bündnis 90/Die Grünen

Ebenso bedankt sich Bürgermeisterin Loth sehr herzlich bei ihren Stellvertretungen für die geleistete Unterstützung in der ablaufenden Wahlperiode:

Herr Heribert Berster,
Frau Regina Billstein,
Frau Andrea Münnekehoff

Gez.

Anne Loth
- Bürgermeisterin -

Gez.

Christof Auer
- Schriftführer -

